

Forderungen des Deutschen Volkshochschul-Verbands e. V. zur Bundestagswahl 2025

Weiterbildung ist essenziell für unsere Wissensgesellschaft und gehört mehr denn je auf die Agenda. **Ein klares Bekenntnis zur Weiterbildung ist überfällig!**

Die Bewältigung der Transformationsprozesse und die Sicherung einer lebenswerten Zukunft braucht informierte, gebildete und engagierte Bürgerinnen und Bürger. Lebenslanges Lernen eröffnet Chancen und befähigt Menschen, im persönlichen, beruflichen und öffentlichen Leben verantwortlich zu handeln und unsere demokratische, zukunftsfähige Gesellschaft aktiv mitzugestalten.

Die kommende Bundesregierung muss das immense Potenzial der Weiterbildung als ihre zentrale Ressource begreifen, nutzen und fördern. Der Bund muss sich in Abstimmung mit den Ländern und Kommunen strukturell und finanziell stärker in der Weiterbildung engagieren. **Das Recht auf Weiterbildung für alle muss eingelöst werden.**

Volkshochschulen sind mit ihrem flächendeckenden Netzwerk und ihrem ebenso vielfältigen wie einzigartigen Bildungsangebot die Garanten, das Recht auf Weiterbildung für alle umzusetzen. Wir leisten einen wesentlichen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit, zur Bewältigung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen und zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft im Fachkräfteland Deutschland. **Dafür benötigen wir verlässliche Strukturen und Rahmenbedingungen, ausreichende Ressourcen und langfristige Planungssicherheit.**

Fachkräfte und Integration

Integration

Das Gesamtprogramm Sprache und die Erstorientierungskurse des Bundes benötigen dringend ein verlässliches und kostendeckendes Finanzierungssystem.

Die sprachliche Integration zugewanderter Menschen ist der Schlüssel für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Hierfür sind Sprachkenntnisse mindestens auf dem Niveau B1 essenziell. Erfolgreiche Elemente wie Wiederholungsmöglichkeiten und zielgruppenspezifische Kursformate müssen deshalb wieder eingeführt werden. Es ist erforderlich, dass Lernwege flexibler, individueller und digitaler sowie die Träger in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden. Insbesondere in ländlichen Räumen müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass Angebote zeitnah gestartet werden können. Zugleich müssen administrative Anforderungen abgebaut werden, um einen effizienteren Mitteleinsatz zu ermöglichen.

Alphabetisierung und Grundbildung

Die AlpaDekade muss fortgesetzt werden. Wir fordern eine konzertierte Kraftanstrengung von Bund und Länder für die nächsten 10 Jahre. Alphabetisierung und Grundbildung müssen darin verlässlich gefördert werden. Grundbildung muss als Fundament in unserem Bildungssystem verankert werden.

Mangelnde Lese-, Schreib- und Grundkompetenzen sind ein Problem hoher gesellschaftlicher und bildungspolitischer Relevanz, wobei aktuelle Schulabbruchquoten und PIAAC-Daten auf einen steigenden Bedarf an nachholender Alphabetisierung und Grundbildungsangeboten hinweisen. Im Sinne individueller Teilhabemöglichkeiten und der Fachkräftesicherung in Deutschland muss dieser Bedarf dauerhaft und stabil gedeckt werden. Förderprogramme sollen in den Zuständigkeiten von Bund und Ländern besser abgestimmt, Träger ausreichend gefördert und entstandene Bildungsstrukturen, Partnerschaften und Vernetzungen gestärkt werden.

Fachkräftestrategie

Die Bekämpfung des Fachkräftemangels erfordert eine abgestimmte Strategie des Bundes und gezielte vorintegrierte Maßnahmen.

Für die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland ist eine gezielte Unterstützung vorintegrativer Maßnahmen im Ausland erforderlich, hierzu gehören eine frühzeitige Sprachförderung und Zertifizierung erworbener oder bereits vorhandener Kenntnisse, Bildungsberatung sowie vorbereitende berufsbezogene Weiterbildung. Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen soll durch vereinfachte und beschleunigte Verfahren optimiert werden. Gleichzeitig gilt es, die Integration von Arbeits- und Fachkräften in den Binnenmarkt zu verbessern. Die vorhandenen Angebote von Volkshochschulen mit ihrer flächendeckenden Infrastruktur allgemeiner und beruflicher Weiterbildung müssen gestärkt und mit der Fachkräftestrategie in Einklang gebracht werden.

Zukunftssicherung der Weiterbildung

Umsatzsteuerbefreiung

Gemeinwohlorientierte Bildungsleistungen müssen umsatzsteuerfrei bleiben.

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund seine nationalen Entscheidungsspielräume nutzt, um das vhs-Kursangebot dauerhaft von der Umsatzsteuer zu befreien. Auf diese Weise kann der niedrighschwellige Zugang zu ganzheitlichen Bildungsangeboten an Volkshochschulen erhalten bleiben, die zur aktiven Teilhabe am sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Leben befähigen.

Freiberuflichkeit

Es muss eine verlässliche gesetzliche Regelung geschaffen werden, um die freiberufliche Lehrtätigkeit an Volkshochschulen zu erhalten

Volkshochschulen und ihre Kursangebote sind fest in der Gesellschaft verankert, da etwa 175.000 freiberufliche Dozent*innen aus verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen ihre Ideen und Kompetenzen einbringen. Die vielen engagierten freiberuflichen Lehrkräfte, von denen die Mehrheit nebenberuflich tätig ist, gewährleisten die Aktualität, Vielfalt und Innovationskraft des vhs-Programms und erfüllen dabei gesellschaftspolitisch hochrelevante Aufgaben. Diese grundsätzliche Organisationsstruktur von Weiterbildungseinrichtungen muss erhalten bleiben.

Nationale Weiterbildungsstrategie

Die Nationale Weiterbildungsstrategie muss mit stärkerer Einbindung der allgemeinen Weiterbildung fortgeführt werden.

Eine Verengung von Weiterbildung auf berufliche Weiterbildung greift zu kurz, weil in zunehmendem Maße überfachliche, sogenannte Zukunftskompetenzen benötigt werden, wie etwa nachhaltigkeitsrelevante und digitale sowie soziale und personale Kompetenzen. Die allgemeine Weiterbildung vermittelt diese Fähigkeiten ganzheitlich und unterstützt Bürger*innen bei der Bewältigung der technologischen, wirtschaftlichen und ökologischen Transformation, die sich ebenso auf den Lebensalltag auswirkt wie auf Beruf und Beschäftigung. Volkshochschulen nehmen als öffentliche und anerkannte Einrichtungen der Weiterbildung gemäß ihrem Selbstverständnis die Aufgabe wahr, allgemeine und berufsbezogene Weiterbildung für alle anzubieten. Für eine Nationale Weiterbildungsstrategie, die einen Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Landes leisten will, sind Volkshochschulen unverzichtbare Partner.

Entwicklungs- und internationale Zusammenarbeit

Die Sozialstrukturförderung benötigt eine langfristige und verlässliche Finanzierung für den Auf- und Ausbau von Strukturen der Erwachsenenbildung im Ausland.

In Zeiten vielfältiger Konflikte und Unsicherheiten sind soziale Strukturen und Stabilitätsanker unverzichtbar, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und Fragmentierung entgegenwirken. Als integraler Bestandteil der zivilgesellschaftlichen Säule der deutschen Entwicklungspolitik benötigt die Sozialstrukturförderung stabile Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Nur so kann ihre Wirkung, etwa in der Alphabetisierung, voll entfaltet werden. Verlässliche Perspektiven für Fachorganisationen und ihre lokalen Partner müssen gewährleistet sein. Außerdem sollte das Potenzial der Weiterbildung durch Fördermöglichkeiten im Rahmen der Außenpolitik, insbesondere der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gestärkt werden.

Potenziale der Weiterbildung in der Transformation

Digitalisierung

Der Bund muss die digitale Infrastrukturentwicklung von Volkshochschulen und die Qualifizierung von Lehrkräften in der digitalen Weiterbildung fördern.

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund in Form eines „Investitionsfonds Digitalisierung in der Weiterbildung“ die technische Ausstattung und Infrastruktur der Einrichtungen vorantreibt, um der weiter voranschreitenden digitalen Spaltung der Gesellschaft systematisch entgegenzuwirken. Nur mit einer modernen und flächendeckenden Ausstattung können Volkshochschulen Menschen befähigen, sich souverän in einer zunehmend digitalen Welt zu bewegen und einen sicheren Umgang mit neuen Technologien wie KI zu erlernen. Außerdem soll der Bund ein Entwicklungsvorhaben aufsetzen, um Qualitätsstandards für neue digitale Formen des Lehrens zu entwickeln. Dies umfasst auch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel, um Lehrkräfte und Programmverantwortliche gezielt im Umgang mit neuen Technologien zu qualifizieren.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Vielfalt und Demokratie

Die Teilhabe an Politik und Kultur erfordert starke rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen.

Die Teilhabe an Politik und Kultur ist in einer vielfältigen Gesellschaft von zentraler Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um die politische Bildung und Teilhabe zu fördern, braucht es einen bundesweiten Ausbau niedrigschwelliger Angebote der politischen Erwachsenenbildung auf lokaler Ebene. Hierfür bedarf es einer gesetzlichen Regelung, die bestehende Strukturen und Einrichtungen stärkt und ein entsprechendes Förderprogramm vorsieht.

Darüber hinaus ist eine bedarfsgerechte Förderung von Programmen für Kinder und Jugendliche unerlässlich. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes sowie das Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ müssen zukunftssicher aufgesetzt und bedarfsgerecht ausgestattet werden.

Der „Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung“ muss in ein Förderprogramm überführt werden, das die Weiterbildung berücksichtigt.

Volkshochschulen sind unverzichtbare Akteure bei der Vermittlung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Um dieser Rolle gerecht zu werden, muss BNE als Handlungsfeld strukturell in allen Bereichen der deutschen Bildungslandschaft verankert werden. Hierfür bedarf es fundierter Kurskonzepte und qualifizierter Lehrkräfte.

Bildungsmaßnahmen im Bereich Globales Lernen sowie zur internationalen und europäischen Verständigung müssen stärker gefördert werden.

Vor dem Hintergrund des schwindenden Rückhalts für Entwicklungs-, europäische und internationale Zusammenarbeit ist es unerlässlich, die Bevölkerung für globale Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten zu sensibilisieren. Volkshochschulen können hierbei eine zentrale Rolle spielen, da sie weite Teile der Bevölkerung erreichen. Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, muss die entwicklungspolitische Bildungsarbeit deutlich gestärkt und langfristig abgesichert werden.

Resilienz

Gesundheitsbildung muss als zentrale Säule der Gesundheitsförderung gestärkt werden, um gesundheitliche Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Die Volkshochschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Gesundheitsförderung, unter anderem in der Ansprache und Weiterbildung vulnerabler Zielgruppen. Angesichts zunehmender Anlässe für Gesundheitsbildung wie mentale Gesundheit, Klimaanpassung oder Einsamkeit ist es notwendig, wohnortnahe und kostengünstige Gesundheitsbildungsangebote auszubauen. Menschen müssen in allen Lebensphasen darin begleitet und gestärkt werden, eigenverantwortliche Gesundheitsentscheidungen zu treffen. Der Ausbau von Gesundheitskursen fördert das gemeinsame Einüben gesunder Verhaltensweisen und fördert die soziale Teilhabe im Sinne der Einsamkeitsprävention. Ältere benötigen Unterstützung beim Umgang mit digitalen Entwicklungen im Gesundheitsbereich und altersgerechte Gesundheitskurse, Jüngere ein flexibles Angebot aus Online- und Präsenzformaten für unterschiedliche Lebenslagen (wie Kinderbetreuung, Pflegeaufgaben, Schichtarbeit etc.).

Gleichzeitig braucht es gezielte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Der Erhalt bewährter Strukturen zur Umsetzung von Präventionskursen sowie die Reduzierung bürokratischer Hürden für die Träger sind dabei essenziell.

In Programmen zur Förderung des Katastrophen- und Zivilschutzes müssen Bildungsmaßnahmen zur Stärkung der Resilienz der Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt werden.

Volkshochschulen bieten durch ihre bundesweite, wohnortnahe Präsenz ideale Voraussetzungen, um Resilienztrainings flächendeckend anzubieten und Themen des Katastrophenrisikomanagements in Bildungsangebote einzubringen. Geeignete Weiterbildungsangebote sollten durch die Bundesregierung systematisch gefördert und in bestehende Programme integriert werden, um die das Bewusstsein für die Eigenvorsorge und die Resilienz der Bevölkerung nachhaltig zu stärken.

Bonn, 11.12.2024